

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 92

Freitag, den 20. April 1923

51. Jahrgang

Der französisch-belgische Reparationsplan.

(TU) Wie das „Journal“ mitteilt, hat der Präsident der Reparationskommission, Poincaré, gestern nachmittag einen Entwurf vorgelegt, in dem das französisch-belgische Reparationsprogramm in großen Umrissen angedeutet ist. Der Entwurf sieht die Möglichkeit großer wirtschaftlicher Umschichtungen vor. Das „Journal“ sagt u. a. hierzu: Es steht fest, dass wir vom Reich durch Bezahlung, sei es in barem Gelde oder in Naturalleistungen, nicht selbst unter den günstigsten Vermutungen, die vom Versailler Vertrag vorgegebene Summe erreichen. Es steht fest, dass man sich von französisch-belgischer Seite aus mit der Summe von 38 Milliarden Goldmark begnügen wird. Um aber diese Zahl zu vermindern, erweitert es sich als notwendig, mit Deutschland Wirtschaftsverträge zu treffen, welche es unserer Industrie ermöglichen, so schnell wie möglich ihre Selbstständigkeit zurückzugewinnen. Einige dieser Verträge liegen ganz nahe. So z. B. derjenige, der die Verteilung von Koks u. Eisen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland regelt. Unsere mechanische und chemische Industrie müssen gegenüber den entwickelten deutschen Industriezweigen genaue Statistiken ausarbeiten. Da Deutschlands Schuld viel geringer ist als unsere, kann das Reich unter außerordentlich günstigen Bedingungen jede Konkurrenz von vornherein ausschließen. Das muß verhindert werden. Außerdem müssen wir unseren englischen und italienischen Verbündeten versichern, daß weder Frankreich noch Belgien eine wirtschaftliche Vorherrschaft erstreben. Jedenfalls vom Ministerium des Handels wie von den großen Verbänden sind eingehende Vorschläge gemacht worden und es ist zu hoffen, daß die Reparationskommission in ganz kurzer Zeit unsere Ansprüche endgültig abschreiben kann.

Die neuen Maßnahmen.

(TU) Unter dem Vorsitz Millers findet heute im Elisee ein Ministerrat statt, den höchsten Bedeutung zukommt, als er sich zum größten Teil mit dem Ergebnis der letzten Ministerreise ins Ruhrgebiet befaßt. In der Presse werden die beabsichtigten Verfügungen teilweise bereits angedeutet. So soll vor allen Dingen zukünftig der Antivertehr besonders scharf überwacht werden. Durch die Entlassung der Jahresklasse 1921 bis zum 20. Mai wird die Einsetzung von weiteren 22.000 Mann ins Ruhrgebiet, die aus den Grenzgarantien Frankreichs und Belgiens entnommen werden sollen, notwendig. Bei Wuppertal wird in kürzester Zeit eine neue Kontrollstation eingerichtet werden, weil hier angeblich noch ein großer Gegenstand der englischen Besatzungszone besteht.

Weitere Besetzung badischen Gebietes?

(TU) In der Stadt Offenburg und in der Nachbarschaft sind lebhafteste Gerüchte über die Ausdehnung der französischen Besetzung entlang der Stadtwaldbahn bis Hausach im Umland. Auf jeden Fall sind von deutscher Seite in Hausach Vorbereitungen getroffen, um dort wertvolles Material beim Anmarsch der Franzosen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Besatzungszone ist übrigens auf die Gemeinde Ottersberg ausgedehnt worden, wo sich zur Zeit das Offenburgs Postamt befindet. Neuerdings haben die Franzosen den Staatsanwalt Burger und drei Eisenbahnerfamilien mit sofortiger Wirkung ausgewiesen.

Bisher über 20.400 Personen ausgewiesen.

(TU) Die Rheinlandkommission hat in den letzten Tagen wiederum über 1400 Eisenbahner ausgewiesen. Die Gesamtzahl der ausgewiesenen Personen einschließlich Familien stellt sich nach den amtlichen Feststellungen auf 20.400. Dazu kommen noch 3900 Vertriebene aus dem Ruhrgebiet. Von einzelnen wichtigen Berufen wurden bisher ausgewiesen 33 Redakteure, 10 Verleger, 5 katholische und 11 evangelische Geistliche, über 30 Ärzte und insgesamt 1500 Personen. Die größte Zahl der Ausweisungen stellt die Eisenbahnerverwaltung, die Post- und Zollverwaltung.

Keine Kohlenförderung für die Franzosen.

(TU) Die Belegschaft der Zeche Nordstern 3/4 hat sich bereit erklärt, wieder zur Arbeit einzufahren. Zur vorangegangenen Belegschaftsversammlung kam zwar der Wille zum Ausbruch, die Kohlen zu fördern, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die geforderte Menge nicht etwa den Franzosen und Belgien zugute komme. Die gewonnenen Kohlen werden daher nicht mehr zu Tage gefördert, sondern an Ort und Stelle in der Grube verpackt. Dazu kommt, daß auch die Kohlenhalde durch Selbstentzündung in Brand geraten ist. Unter diesen Bedingungen hat auch die Belegschaft der Zeche Verein Welsheim die Arbeit am gestrigen Tage wieder aufgenommen. Die Be-

Die englische Arbeiterabordnung,

die nach dem Ruhrgebiet entsandt war, schildert die Lage an der Ruhr als belagert und gefährlich, da sie die Möglichkeit eines furchtbaren Kampfes zwischen Deutschen und Franzosen in sich birgt. Die Abordnung bringt darauf, daß die deutsche und die französische Regierung ersucht werden, ihre Vorschläge über die Reparationen und über die Frage der Sicherheit einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. England solle die Initiative durch eine klare und bestimmte Erklärung über seine Politik ergreifen.

Verschiedene Meldungen.

Der ehemalige deutsche Eisenbahnersekretär Friedrich ist in französische Dienste getreten und wurde von den Franzosen mit der Leitung des Bahnhofs Bad Ems betraut.

Der Wachtposten auf dem Bahnhof Offenburg wurde von 5 Deutschen mit Steinwürfen angegriffen. Die Angreifer wurden von den französischen Gendarmen verhaftet und werden, ebenso wie ein deutscher Automobilbesitzer, der eine Panne seines Wagens, in dem zwei Gendarmen Platz genommen hatten, herbeiführte, kriegsgerichtlich abgeurteilt.

Die Franzosen haben die seit dem 31. März besetzt gehaltenen Benzwerke wieder geräumt, nachdem vor einer Woche eine internationalisierte Kommission festgestellt, daß es sich bei dem Bau der großen Dieselmotoren um keinen U-Bootmotor handle.

Ueber Kaiserlautern ist von neuem eine Nachtverkehrsperre wegen angeblicher Sabotageakte an den Fernsprechleitungen auf 6 Tage verhängt worden.

Mülheim in der Hand der Aufrührer.

Kommunisten, Syndikalistinnen und verbrüderter Gesindel haben die Innenstadt von Mülheim besetzt und die Stadtausgänge verbarrikadiert. Das Rathaus steht unter dem Beschuss der Kommunisten, die Waffenhändler geplündert haben. Der Regierungspräsident ordnete an, daß Schutzpolizei von Duisburg nach Mülheim geschickt wird.

Vom frühen Morgen ab gab es auf den Straßen Schießereien, bei denen auch mehrere Personen verwundet wurden. Es zeigt sich, daß die Aktion keine Sache der Notstandsarbeiter ist, sondern eine kommunistische. Der Zug von Kommunisten von auswärts war gestern groß. Die Kommunisten, die durchweg bewaffnet sind, sperren im Zentrum der Stadt eine große Reihe von Straßen ab, so daß der Verkehr gänzlich unterbrochen ist. Die Straßenbahn stellte den Betrieb ein. Auf den Straßen wurden die Automobile angehalten und die Insassen auf Waffen untersucht. Auch die Straßenpassanten untersuchte man nach Waffen. Auf dem Dickschwall stürzte man einen mit Steinen beladenen Wagen um und errichtete aus den Steinen eine Barrikade, ebenso aus einem beschlagnahmten Wagen auf der Eppinghauserstraße. Ein Geschäft auf der Kurzenstraße wurde ausgeplündert. Der prominente Generalstabschef mislang. Es wird in allen Werken gearbeitet.

In den Mittagsstunden kam es infolge der Ausbreitungen des Pöbels zu zahlreichen Straßenkämpfen. Zur Abwehr der Aufrührer bildete sich ein Selbstschutz. Nach der königlichen Volkszeitung sammelte sich auch in Mülheim ein riesiges Gefolge aus den besetzten und unbesetzten Personen an. Bei den Schießereien wurden 2 Personen schwer und 25 leicht verletzt.

In Düsseldorf

wurde von Arbeitslosen versucht, in der Tonhalle eine Versammlung abzuhalten. Da ihnen das Betreten des Saales verboten war, standen zahlreiche Arbeitslose in Gruppen in der Nähe der Tonhalle, wo sich viele Straßenpassanten gesammelten, so daß der Verkehr gestört wurde. Die Polizei nahm zwei Männer fest wegen Aufreizung und Widerstandes und brachte sie zur Wache. Einige Zeit darauf erschienen einige hundert Personen vor der Polizeiwache, um die Gefangenen zu befreien. Hierbei zog

einer von ihnen einen Revolver und versuchte in die Polizeiwache hineinzufahren. Der Revolver wurde dem Arbeitslosen aus der Hand geschlagen, wobei der Schuß losging und die Kugel auf der Erde aufschlug. Verletzt ist, soweit bisher bekannt, niemand. Die Polizei nahm noch zwei weitere Gefangenen vor, worauf sich die Menge zerstreute.

Reichstag.

(Sitzung vom 19. April.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Reichswirtschaftsministeriums. Abg. Dr. Meißner (D. V. P.) berichtet über die Ausführgesetzgebungen. Der Ausschuss ersucht die Regierung, die für das kommende Haushaltsjahr vorgesehenen Bauten und Beschaffungen so rechtzeitig in die Wege zu leiten, daß Marktlage und Bauzeit in wirtschaftlicher Weise entsprochen werden kann. Der Ausschuss fordert weiter eine Überprüfungs- und die Wirkung der letzten Tarifveränderungen auf die Frachten, sowie Erleichterungen für diejenigen Waren, deren Beschaffungspreis die Weltmarktpreise erreicht haben. Abg. Dr. Herz (Soz.) weist der Regierung vor, daß sie lange Zeit nichts getan habe, um das notwendige Steigen des Dollars zu verhindern. Sie habe erst eingegriffen, nachdem die Finanzen des Reiches, die Währung und die Marktsituation der Welt zerfallen waren. Vor allem sei die Befreiung der Schwere notwendig, ebenso eine Reform der Steuerpolitik. Vor dem Währungsabfall müsse der Preisabbau kommen. Meißner weist den Finanz- und Industrie-freien Gewinnfunkt vor. Abg. Esser (Cent.) fordert ein Kartellgesetz und Eingriffe der Regierung gegenüber dem Marktsitz.

Reichswirtschaftsminister Dr. Meißner erklärt, daß es sich jetzt darum handle, praktische Politik zu treiben. Ohne große Kredite sei der Abwehrkampf an der Ruhr nicht zu führen. Das Ruhrgebiet ist nicht nur von der Einfuhr, sondern auch von der Ausfuhr abgeschnitten. Es gibt Konzerne, die täglich Lohnausgaben von drei bis vier Milliarden Mark haben. Es sind also gewaltige Kredite notwendig. Ohne diese hätten wir den Abwehrkampf nicht 14 Tage führen können. Es muß die erste Aufgabe sein, die Betriebe aufrecht zu erhalten. In der Kontrolle über die Verwendung der Kredite sind Banken, Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeschaltet. Der Minister weist dann die Vorwürfe gegen die Devisenpolitik der Reichsbank zurück und hebt hervor, daß in vorigen Jahre ja eine andere Koalition, in der die Sozialdemokraten einflußreich war, an der Regierung war. Kein Wort der Verantwortung sei jetzt genug gegenüber denen, die den gestrigen Einbruch in die Devisenpolitik der Regierung verschuldet haben. Er werde allerdings nur vorübergehend sein. (Beifall.) Spekulationskäufe von Devisen sind heute geradezu ein Verbrechen. (Zustimmung.) Da darf man auch vor scharfen Maßnahmen nicht zurückweichen, denn wir liegen im Kriege. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, der Devisenpolitik keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Stützungsaktion, wie sie bisher unternommen worden ist, durchgeführt werden müsse, und sie hat auch ein Mittel, sie fortzusetzen. Gegen eine Zentralisation des Devisenverkehrs sprechen die Kriegserfahrungen. Im besetzten Gebiet sitzen zahlreiche fremde Banken, die sich den Teufel um unsere Devisenvorschriften kümmern. Der Minister bespricht dann die Frage des Lohn- und Preisabbaus. Der Beginn der Marktsitzungsaktion müßte auch das Signal für den Abbau der Preise sein. Selbstverständlich wären auch Lohnverhinderungen nicht mehr angebracht. Auf allen Gebieten, wo es dem Wirtschaftsministerium möglich war, hat es die Preise sogar heruntergebracht. Wenn auf dem Gebiete der Preislenkung noch nicht das Erstrebenswerte erreicht wird, so sei das Publikum zum Teil selbst daran schuld. Es gehen zu wenig Anzeigen gegen Wucher ein, weil das Publikum zu wenig mitarbeitet. Der Export muß mit allen Mitteln gefördert werden. Der Kampf ist außerordentlich schwer. Ein Regierungsrat der Ausfuhrstelle Ems ist erst jetzt wieder zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Beifall.) Der Minister entbietet den Beamten Gruß und Dank für ihre Haltung (Beifall). Abg. Wittenberg (Deutschnatl.) schließt sich dem Rufe des Ministers an, der zur Unterstützung des Kampfes mit allen Mitteln auffordert. Man kann erwarten, daß Handel oder Handwerk und Landwirtschaft geschlossen hinter den Abwehrmaßnahmen stehen und nicht geneigt sind, solche Akte wie gestern an der Börse zu unterstützen. Die Ausnutzung der an der Börse geschaffenen Lage sei nicht nur ein Verbrechen gegen die Wirtschaft, sondern geradezu ein Verbrechen. Der Redner tritt für Verhinderung von Kapital und Arbeit ein. Man muß zum Minister das Vertrauen haben, daß er den richtigen Weg gehen werde.

Freitag: Weiterberatung.

Im Preussischen Landtag

wurde Donnerstag die zweite Beratung des Entwurfes eines Unterabsetzgesetzes fortgesetzt und die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dann auch ohne weitere Veränderung in der 3. Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig genehmigt. Das Gesetz soll am 1. Juni 1923 in Kraft treten.

Sodann folgte die Beratung des Haushalts der Forstverwaltung. In dem Ausschuss wird u. a. das Staatsministerium eruchtet, bei den Staatsforsten 300.000 Meter Bauholz für den gemeinnützigen Kleinwohnungs- und Siedlungsbau zu ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen. Die Stundung der Holzkaufgelder soll aufs äußerste beschränkt werden. In der allgemeinen Aussprache fordert Abg. Wende (Soz.), daß die staatliche Forstverwaltung bestimmend auf die Holzpreise einwirke. Die Abgabe der Forstverwaltung stehen unter dem Existenzminimum. Abg. Schmölzer (Z.) verpflichtet sich von einer Ausbeutung der Wälder keine Erleichterung für die Holzpreise. Zur Vertierung des Holzes, auch des Grubenholzes, tragen besonders die hohen Frachten bei. Freitag: Abstimmung zum Wohlfahrts- und Krankenversicherungsgesetz. Der Antrag der „Rechten“ und der Auflösung der Freispartei.

Fortsetzung der Mark-Stützung.

(TU) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat sich das Reichsministerium mit der pöblichen Steigerung der Devisenkurse beschäftigt und im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zweck sollen, abgesehen von der Fortsetzung der rein bodenmäßigen Stützungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden: 1. Eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr 2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für den Besitz an Devisen nach dem Stand des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird. Der Erfolg dieser Notverordnung ist für die allernächste Zeit zu erwarten.

Reichsregierung und Reichsbank beschäftigen sich auch weiterhin in gemeinsamen Beratungen mit den Konsequenzen, die sich aus dem pöblichen Reichsmarktsitz ergeben. Mit aller Energie soll verhindert werden, daß eine neue Preis- oder Lohnwelle unser Wirtschaftsleben erschüttert. Der Reichskanzler hatte im Laufe des gestrigen Tages Besprechungen mit den Führern aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Soz., über die Stützungsaktion der Mark. Er machte Mitteilung darüber, was zur Stützung der Mark bisher geschehen ist, und was er weiter zu tun gedankt. Nach Anregungen der Parteiführer ergab sich in diesen Besprechungen volle Übereinstimmung.

Somit wird mitgeteilt: Gegenüber anders lautenden Zeitungsberichten stellt der Reichsverband der deutschen Industrie fest, daß er niemals bei der Regierung wegen einer Verringerung der von ihr durchgeführten Stützungsaktion vorstellig geworden ist. Der Reichsverband hat vielmehr auch heute wieder in einer mündlichen Aussprache, zu der der Reichskanzler eingeladen hatte, erklärt, daß er eine tatkräftige Fortführung der Stützungsaktion für eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit hält, für die er auch weiterhin in eigenem Interesse mit aller Kraft eintreten wird.

Kleine Nachrichten.

Der Reichsfinanzminister hat das Ersuchen verschiedener Reichstagsparteien um Verabschiedung der Tabaksteuer im Hinblick auf die Finanzlage des deutschen Reiches abgelehnt.

Der päpstliche Delegat Monsignore Testa, traf in Berlin ein. Testa wird dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler Besuche abstatten, wobei er, wie wohl anzunehmen ist, auch über seine im Ruhrgebiet empfangenen Eindrücke berichten dürfte.

Nach einer Meldung des Saalfelder Reichsblatts ist der Kaufmann Schulz aus Saalfeld, der des Mordes an Erzberger beschuldigt ist, in Genua verhaftet worden. Bei den Berliner zuständigen Stellen ist wie die Blätter mitteilen, von einer solchen Verhaftung nichts bekannt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fritz Geher-Weißig wurde, als er aus dem Reichstage kam und am Brandenburger Tor den Fährdamm überschreiten wollte, von einer Kraftbroche umgeworfen und zu Boden geworfen. Er trug erhebliche Kopfverletzungen davon, die nicht lebensgefährlich sind.

Kamener Lichtspiele

Kamen

Weststraße 20. Telefon 396. Weststraße 20.
Modernes Lichtspieltheater.
Erstklassiges Künstler-Orchester.

Nur Freitag, Samstag, Sonntag u. Montag
(20. April bis 23. April 1923).

Endlich

Ist es unglaublich, durch ganz enorme Unkosten
dem Siegeszug durch Deutschlands Groß-
städte beizukommen?

schönste Film-Operette

Heinrich Heines

erste Liebe

zur Aufführung zu erwerben.

Mitwirkung erster Berliner Opernsänger.

1243 II.
Die Zigaretten-Gräfin

Sitten-Großfilm mit Esther Carena in der Hauptrolle.

Natürlich fehlt auch unser lieber Fatty nicht.

**Fatty als Steuer-
kontrolleur.**

Ballspielverein Kamen.

Der Verein veranstaltet am **Sonntag, den 22. April 1923**, einen

Bunten Abend

im Schützenhofe Kamen
bestehend in

Konzert und Theater

unter gütiger Mitwirkung des
Doppel-Quartetts „Unter uns“
Kamen.

Der Reinertrag dient zur Förderung
der Jugendpflege des Vereins.

Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein 1230

Der Vorstand. Das Festkomitee.

Auf nach Methler! Wirtschaft Sorge!

Am Sonntag, den 22. April

Der liebe Augustin

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Aufgeführt durch die „Freie Bühne“ Kaiserau.
Anfang Punkt 7¹⁵ Uhr. Kassenöffnung 6³⁰ Uhr.

Es laden zum Besuch ein 1243

Der Vorstand. Der Vereinswirt.

Vorstellungen für Kinder zu ermäßigten

Preisen am Samstag, d. 21., abends 8¹⁵ Uhr.

Geschäftsbücher

zu haben in der
Buchhandlung der
Kamener Zeitung.

Damen-Putz.

Den geehrten Bewohnern von Kamen und Um-
gebung zur gefälligen Kenntnis, daß wir am 1. Mai,
Oststraße 29, ein

Spezialhaus

für feineren

Damen-Putz

eröffnen. — Wir werden bestrebt sein, die geehrte
Damenwelt nach jeder Richtung hin, inbezug auf
Qualität und Preise zufrieden zu stellen.

Hochachtend

Geschwister Voos.

Kamen, den 18. April 1923.

Oststraße 29.

Bestellungen werden jetzt schon im elterlichen Hause,
Schulstraße 2, entgegengenommen. 1244

Knappenverein „Gute Hoffnung“

Sonntag, den 22. April,
bei W. Starke, Westentor

Auf vielseitigen Wunsch!

Großer

Operetten-Abend.

1. Wenn die Rosen wieder blühen.
2. Himmels Spezialitätentheater.

Ausgeführt von den Vereinen
der Theaterfreunde Kamens.

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Karten sind bei den Mitgliedern
und W. Starke zu haben.

Der Vorstand.

Sungdeutscher Orden.

Die Bruderschaft Kamen des S. O. veran-
staltet am Sonntag, den 21. April,
abends 8 Uhr, bei Bergheim einen

Deutschen Abend.

Die Gesamteinnahme wird dem Hilfsge-
samt überwiesen und ist für die Armen und
Kranken der Stadt bestimmt. 1239

1

steht fest: die Kamener Zeitung
ist das beste Insertionsorgan
für Kamen und alle umliegen-
den Gemeinden, weil die Kamener
Zeitung in allen Kreisen und
Schichten viel gelesen wird.
Die Vereine benutzen die Kame-
ner Zeitung für ihre Veran-
staltungen, weil die Anzeigen
stets volle Häuser bringen und
die Insertionskosten dadurch
— mehrfach gedeckt werden. —

Bund der Männer- Gefang-Bereine Kamens.

Die Vertreter und Dirigenten
der angeschlossenen Vereine wer-
den zu einer wichtigen

Bundesvor- standssitzung

am heutigen Freitag abends
8 Uhr im Hotel Viermann
am Markt eingeladen.

Tagesordnung wird dort be-
kannt gegeben.

Allseitiges Erscheinen erfor-
derlich. 1246

Der Bundesvorstand.

„Westfalen- Bund.“

Sonntag, den 22. April cr.,
nachmittags 5 Uhr, findet

Quartal- versammlung

beim Wirt L. Rümpfer (Nat-
haus) statt.

Vorstandssitzung eine halbe
Stunde vorher.

Wichtige Tagesordnung —
daher pünktlich erscheinen. 1240

Der Vorstand.

Ortsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Am Sonntag, den 22. April
1923, morgens 10 Uhr, im Ver-
einshaus Wirt L. Rümpfer

Versammlung.

Wegen Wichtigkeit der Tagesord-
nung werden die Mitglieder dazu
herzlich eingeladen.

1241 Der Vorstand.

Abteilung Kamen des Sauerländischen Gebirgsvereins.

Am Samstag, d. 21. April
1923, abends 8¹⁵ Uhr, im
Hotel Viermann:

Monats-Versammlung.

1248 Der Vorstand.

Ausgeklümmtes Damen- Haar

läuft 1008

W. Steinmann,
Damen-Salon
Kamen,
Bahnhofstr.

Brief- papier

zu haben in der
Buchhandlung d.
Kamener Zeitg.

Auf Teilzahlung

Herren- und Burschen- Anzüge

Covercoats, Schlupfer
Regen-Mäntel
Culaways und Hosen
Knaben-Anzüge
Damen-Mäntel
Kostüme, Kleider
Kostümstücke
Woll- und Seldanjumper
Waschkloider
Waschblusen
Kinder-Kleider

Angezahlte
Waren werden 6 Wochen
zurückgehängt

Kleiderstoffe
Waschstoffe
Gardinen
Bettzeuge
Hemdentuche
Nessel
Handtuchgebild
Schürzenstoffe

Max
Mischkowski

Dortmund, Steinstr. 60
Ausgang Hauptbahnhof
(Nordseite).

Bequeme Abzahlungen

Grosse Auswahl

Anzeigen in der Kamener Zeitung

haben stets Erfolg

3. Nachtrag

zur Gewerbesteuerordnung für die Stadt
Kamen vom 6. Juli 1920.



Auf Grund des Beschlusses
der Stadtkommission die Einver-
ständigung vom 1. März 1923 wird
von den der obenbezeichneten
Ordnung unterliegenden
Steuerpflichtigen für das
Steuerjahr 1922 außer der
bereits durch den 2. Nachtrag
vom 3. Juli 1922 festge-
setzten Kopfsteuer nach den für diese maß-
gebenden Besteuerungsmerkmale folgende Nach-
tragssteuer erhoben:

a) bei Betrieben, in denen bis zu 100 Personen tätig sind, für jede Person	600 M.
b) für weitere 100 bis einschl. 200 in demselben Betriebe tä- tige Personen, für jede Person	900 M.
c) für weitere 300 bis einschl. 500 in demselben Betriebe tätige Personen, für jede Person	2000 M.
d) für weitere 700 bis einschl. 1200 in demselben Betriebe tätige Personen, für jede Person	3500 M.
e) für weitere 800 bis einschl. 2000 in demselben Betriebe tätige Personen, für jede Person	5000 M.
f) für die 2000 übersteigende Anzahl der in demselben Be- triebe tätigen Personen, für jede Person	7200 M.

Kamen, den 7. März 1923.

Der Magistrat:
gez. Siegler, gez. Vohhoff.

Genehmigt.
Arnsberg, den 24. März 1923.

Namens des Bezirksausschusses, Abteilung I.
(A. S.) Der Vorsitzende:
In Vertretung: gez. Schmaus.

B. A. I. C. III. 95/23.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird
die Zustimmung mit der Maßgabe erteilt, daß
aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgend
welcher Art gegen den Staat oder das Reich
auf Gewährleistung des Steuerertrages oder
in ähnlicher Beziehung geleistet werden können.

Arnsberg, den 28. März 1923.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
(A. S.) J. B.: gez. Weber.

Veröffentlicht.
Kamen, den 11. April 1923.

Der Magistrat.